



21.3976

Motion APK-N.

Krise in Afghanistan.

**Beitrag der Schweiz zu Stabilität
und Frieden in der Region**

Motion CPE-N.

Crise en Afghanistan.

**Contribution de la Suisse
à la stabilité et à la paix
dans la région**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.03.22

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.22

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission und der Bundesrat beantragen die Ablehnung der Motion.

Bischof Pirmin (M-E, SO), für die Kommission: Die Motion verlangt, dass der Bundesrat seine Bemühungen für die Stabilität in Afghanistan und zur Stärkung der Menschenrechte intensiviert. Weiter soll dem Parlament, falls nötig, ein Nachtragskredit für die humanitäre Hilfe in Afghanistan unterbreitet werden.

Der Nationalrat hat diese Motion in der Frühjahrssession 2022 mit 112 zu 55 Stimmen angenommen. Ihre Kommission beantragt Ihnen nun mit 8 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Motion abzulehnen. Es gibt keine Minderheit.

Die Erwägungen der Kommission sind die folgenden: Auch Ihre Kommission ist sehr besorgt über die Menschenrechts- und Sicherheitslage in Afghanistan. Wenn man mit dem wenigen Positiven beginnen will: Zumindest die Sicherheitslage hat sich in dem Sinne verbessert, dass nach der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan keine kriegserischen Ereignisse mehr stattfinden. Aber dann ist es mit dem Positiven auch schon zu Ende.

Die Menschenrechtssituation hat sich massiv verschlechtert und scheint sich auch weiterhin zu verschlechtern. Zwar ist die Situation in den verschiedenen Teilen Afghanistans – in Kabul, in Kandahar oder in Herat – unterschiedlich, aber insbesondere die Situation in Kandahar ist beunruhigend, namentlich was die Frauenrechte betrifft. Es ist festzustellen, dass die ursprünglichen Versprechungen des Taliban-Regimes betreffend die Frauenrechte grösstenteils nicht eingehalten wurden. Es ist heute auch festzustellen, und das ist menschenrechtlich sehr beunruhigend, dass die Kindersterblichkeit in Afghanistan massiv zunimmt, dass der Kinderhandel und der Menschenhandel generell in Afghanistan zunehmen. Es gibt Berichte von Organhandel – mit ähnlichen Auswirkungen. Die Schweiz engagiert sich in diesem Bereich aber bereits sehr stark.

Sie haben gesehen, dass die Motion zwei Ziffern umfasst:

In Ziffer 1 wird die Intensivierung der guten Dienste verlangt. Das wird durch die Schweiz gemacht. Die Schweiz hat an entsprechenden Konferenzen auch teilgenommen. Verschiedentlich hat sie auch mit Vertretern des Taliban-Regimes in Genf konferiert und klare Forderungen menschenrechtlicher Art deponiert, auch wenn diese grösstenteils nicht erfüllt worden sind.

Zu Ziffer 2 ist zu sagen, dass der Bundesrat ja am 8. September 2021 einen zusätzlichen Nachtragskredit beantragt hat, der auch genehmigt wurde. Das Gleiche gilt dann auch wieder für das Jahr 2022. Diesbezüglich hat unser Bundespräsident am 31. März 2022 an der Geberkonferenz für Afghanistan zusätzliche 30 Millionen Franken für das Jahr 2022 in Aussicht gestellt. Zudem möchte die Schweiz in Zukunft vier Mitarbeitende im schweizerischen Kooperationsbüro in Islamabad beschäftigen, um dort vor Ort zu sein.

AB 2022 S 577 / BO 2022 E 577





Die Massnahmen, die die Schweiz bisher ergriffen hat, sind verhältnismässig und gross, auch grösser als bei anderen Krisensituationen. Die Kommission befürwortet das, möchte aber auch nicht, dass einzelne Krisenregionen dieser Welt gegeneinander ausgespielt werden. Die Nachtragskredite, von denen wir jetzt sprechen, sind zusätzlich gesprochen worden und werden mit anderen Einsparungen innerhalb des EDA gegenfinanziert, aber nicht zulasten anderer Krisenregionen.

Einige Kommissionsmitglieder waren der Meinung, dass der Einsatz der Schweiz für die Stabilität in der Region noch grösser sein und die lokale Bevölkerung von der Schweiz stärker unterstützt werden sollte.

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, die Motion der APK-N abzulehnen.

Cassis Ignazio, presidente della Confederazione: Credo che prima di entrare nel merito del testo della mozione sia necessario ricordare due questioni di principio. La prima è che una crisi purtroppo non scaccia un'altra, anche se la percezione potrebbe essere questa. In questo momento viviamo una percezione di crisi importante in Ucraina e tendiamo a dimenticare gli altri conflitti armati aperti nel mondo come quello in Afghanistan, ma possiamo menzionare anche la Siria, lo Yemen, la Libia e altri Stati estremamente sotto pressione.

Non dimentichiamo neanche che una crisi peggiora un'altra crisi. Le difficoltà di approvvigionamento alimentare che stanno vivendo i territori in conflitto armato nel mondo, soprattutto nell'Africa del Nord e nel Medio Oriente, sono importanti. Quindi occorre ricordarsi sempre – malgrado in qualche modo l'attualità mediatica sottolinei determinati crisi – che le altre crisi continuano ad esistere. La Svizzera e il Consiglio federale non hanno mai perso di vista i restanti focolai di crisi nel mondo.

Ich komme nun zur Motion: Sie haben im letzten Dezember einen Nachtragskredit von 23 Millionen Franken für die humanitäre Hilfe in Afghanistan und in der Region bewilligt. Dafür möchte Ihnen der Bundesrat danken. Zusätzlich hat die DEZA letztes Jahr diverse interne Kreditverschiebungen zugunsten der humanitären Hilfe in diesem Land vorgenommen. Das reguläre Budget für Afghanistan und die Region für 2022 beläuft sich auf 30 Millionen Franken. Die Umsetzung erfolgt über unabhängige internationale Organisationen und lokale NGO, die seit Jahren im Land arbeiten. Der Kommissionspräsident hat das als Berichterstatter gut zusammengefasst.

Dank internationalen Hilfsgeldern von insgesamt über 1,8 Milliarden US-Dollar konnten fast 20 Millionen Menschen in allen Teilen Afghanistans mit lebensrettender Hilfe erreicht werden. Ich rede von wirklich lebensrettender Hilfe: Es geht um Nahrung, um sauberes Wasser, um Gesundheitsversorgung, um Schutz, um Unterkunft und selbstverständlich auch um Bildung. So konnte die Not über die Wintermonate gelindert werden.

Die humanitäre Situation bleibt aber dramatisch. Über die Hälfte der Bevölkerung ist dringend auf Nahrungsmittel angewiesen. Fast fünf Millionen Kinder und stillende Mütter sind von Unterernährung bedroht. Zudem haben die Taliban die Rechte von Frauen und Mädchen stark eingeschränkt. Die Schweiz verurteilt in verschiedenen Gremien den Entscheid der Taliban, die Schulen für über-12-jährige Mädchen geschlossen zu halten. Die Schweiz unterstreicht dabei nicht nur die Menschenrechte, sondern auch die Tatsache, dass Frauen bei der Entwicklung eines Landes eine zentrale Rolle einnehmen. Soweit möglich, unterstützen wir Projekte von lokalen Frauenorganisationen.

Le Conseil fédéral examine en permanence comment la Suisse peut contribuer à améliorer la situation en Afghanistan. Ainsi, mon département a entrepris des voyages de reconnaissance à Kaboul. A partir de septembre 2022, l'équipe de mon département sera basée à Islamabad, d'où nous effectuerons d'autres missions en Afghanistan. Il était question, vous vous en rappelez, surtout les membres de la commission, de revenir sur place avec notre bureau de coopération, mais nous y avons renoncé pour l'instant à cause des conditions instables sur le plan sécuritaire. Ces missions, que nous accomplirons néanmoins, mais à partir d'un lieu situé près de l'Afghanistan, permettront à mon département de mieux évaluer la situation sur place, d'entretenir son réseau, de continuer le travail qui avait été fait avant la révolution des talibans et d'instaurer la confiance avec nos collaborateurs.

Pour toutes ces raisons, le Conseil fédéral estime que les demandes de la motion sont déjà satisfaites. Il vous demande ainsi, comme la majorité de la commission, de rejeter cette motion.

Abgelehnt – Rejeté